

---

-----

## **Editorial**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Anfang Juli ist es in der indonesischen Provinz Irian Jaya wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Mitgliedern der Bewegung "Freies Papua" gekommen. Die staatliche Nachrichtenagentur Antara berichtet von mehreren Verletzten und zahlreichen Festnahmen. Das Militär bestritt Meldungen, wonach bei den Zwischenfällen Demonstranten getötet worden seien. Siegfried Zöllner, der mehrere Jahre als Missionar in Irian Jaya tätig war, berichtet in dieser RUNDBRIEF-Ausgabe über die Menschenrechtsverletzungen im Hochland der indonesischen Provinz.

Überwiegend Gutes gibt es vom Friedensprozeß auf Bougainville zu berichten. Bis heute dauert der am 30. April dieses Jahres unterzeichnete offizielle Waffenstillstand an und trotz Unstimmigkeiten im Lager der Sezessionisten scheint der Friedensprozeß erfolgreich fortzuschreiten. Die Entwicklungen der vergangenen sechs Monate faßt Volker Böge in seinem Bericht "Bougainville zwischen Krieg und Frieden" zusammen.

Im Anschluß an die beiden Berichte folgen zwei Buchbesprechungen, einige Terminhinweise sowie Literaturvorschläge. Außerdem möchte ich in dieser RUNDBRIEF-Ausgabe auf eine noch bis Ende Juli laufende Petition der Urbevölkerung Französisch-Polynesiens hinweisen: "Wir fordern, in unserem eigenen Land als freie Menschen leben zu können". Ihre/ Eure Unterschrift kann dieser Forderung zum Nachdruck verhelfen.

Zum Schluß noch ein Hinweis zum 10. Europäischen Pazifik-Solidaritäts-Seminar: Das Seminar wird in diesem Jahr am 22. und 23. Oktober im Vorfeld

der Bergbautagung "Schatzinseln in der Südsee - Bergbau im Südpazifik" (vgl. Termine) in Tutzing abgehalten werden.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/ Euch

## Berichte

### **Bougainville zwischen Krieg und Frieden - Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1998 -**

"Der Krieg ist vorbei" - das sagte der militärische Führer der *Bougainville Revolutionary Army* (BRA), Sam Kauona, bei der feierlichen Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) und der für die Unabhängigkeit Bougainvilles kämpfenden BRA. Am 30. April 1998 hatten sich in der Inselhauptstadt Arawa rund 6.000 Menschen zu einer großen Friedenszeremonie zusammengefunden, unter ihnen die politische Führungsriege PNGs und der Sezessionisten sowie rund 200 Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den Nachbarstaaten, inklusive der Außenminister von Australien und Neuseeland. Ein Mann allerdings wurde schmerzlich vermißt: Francis Ona, der Präsident der Sezessionisten und ihrer politischen Führung, des *Bougainville Transitional Government* (BTG). Er hatte zuvor erklärt, daß er den Waffenstillstand nicht unterzeichnen werde und sich auch nicht an ihn gebunden fühle. Damit machte er einmal mehr seine Distanz vom seit Juli letzten Jahres laufenden Friedensprozeß, dessen vorläufiger Höhepunkt das Inkrafttreten des offiziellen Waffenstillstands am 30. April 1998 ist, deutlich.

Nicht nur die hierin zum Ausdruck kommenden Differenzen im Lager des *Bougainville Interim Government* (BIG) und der BRA können künftig eine Belastung für die Konsolidierung des Friedens auf Bougainville bedeuten, sondern auch die Tatsache, daß die eigentlichen sozialen und politischen Ursachen von Krise und Krieg im Friedensprozeß bisher überhaupt noch nicht angegangen wurden. Für Bougainville steht noch ein äußerst schwieriger und vermutlich langwieriger Prozeß der Konfliktbearbeitung ins Haus, bis eine gerechte, von der Bevölkerung Bougainvilles breit getragene Lösung gefunden ist. Es ist sicher zu wünschen, daß dieser Prozeß künftig friedlich abläuft, ausgemacht ist es aber keineswegs. Kauonas Aussage, daß der Krieg vorbei sei, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

#### **Der Weg zum Waffenstillstand**

Die Kriegsparteien hatten sich bei Verhandlungen in Neuseeland im Januar 1998 auf ein umfassendes Dokument, das "*Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville*", geeinigt, das unter anderem die Umwandlung der bereits seit Oktober 1997 herrschenden informellen Waffenruhe in einen offiziellen Waffenstillstand ab 30. April 1998 vorsah. In der Folge kam es darauf an, die Waffenruhe so zu stabilisieren und den Dialog zwischen den Konfliktparteien so zu konsolidieren, daß ein offizieller

Waffenstillstand nicht nur auf dem Papier stehen würde, sondern tatsächlich von allen involvierten Parteien mit voller Überzeugung getragen und verteidigt werden würde. Und in der Tat entwickelten sich die Dinge weitgehend positiv: Es kam zu so gut wie keinen Verletzungen der Waffenruhe; auf lokaler Basis wurden zahlreiche Versöhnungs- und Friedensstreifen durchgeführt, zum Teil nahmen an ihnen auch führende Politiker der Sezessionisten und der Zentralregierung gemeinsam als Zeichen guten Willens teil; sog. "peace awareness teams", in denen Anhänger aller Kriegsparteien vertreten waren, gingen in die entlegensten Winkel der Insel und klärten die Bevölkerung über das Lincoln-Agreement und den Friedensprozeß auf; die Menschen kehrten aus sog. "care centres" (Lager, in denen die Regierungstruppen die Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten konzentriert hatte, um sie besser unter Kontrolle zu haben) und aus ihren Dschungelverstecken (in den BRA-kontrollierten Gebieten) in ihre Dörfer zurück; die Blockade der Insel wurde aufgehoben, der Kontakt zur Außenwelt konnte also normalisiert werden; die Menschen konnten sich wieder frei auf Bougainville bewegen; insgesamt entwickelte sich ein Klima des Vertrauens in eine friedliche Lösung des Konflikts.

Zu dieser positiven Entwicklung trugen Präsenz und Auftreten der internationalen *Truce Monitoring Group* (TMG), die seit Herbst 1997 zur Überwachung der Waffenruhe auf der Insel war, erheblich bei. Diese Beobachtergruppe bestand aus (männlichem und weiblichem, zivilem und (unbewaffneten) militärischem) Personal aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu und stand unter neuseeländischer Leitung. Sie agierte offensichtlich recht geschickt und vertrauensbildend. Zudem kamen Vertreter der internationalen Beobachter, der Zentralregierung und ihrer Streitkräfte (PNGDF), des *Bougainville Transitional Government* (BTG - Provinzregierung, die mit der Zentralregierung kollaboriert), der *Resistance Forces* (bougainvilleansche Hilfstruppen der Regierungstreitkräfte) und von BRA/BIG mehrmals zu Treffen eines "Peace Consultative Committee" zusammen, um Probleme und Konflikte zu besprechen und gemeinsam zu klären.

Vom 9. bis 14. März 1998 fand eine weitere Verhandlungsrunde zwischen den Konfliktparteien in Canberra, Australien, statt, um den für den 30. April in Aussicht genommenen Waffenstillstand vorzubereiten. Vertreten waren 40 Delegierte von Zentralregierung, BTG, BIG und BRA sowie Beobachter der Regierungen von Fiji, Vanuatu und Salomonen. In Canberra einigte man sich auf ein Dokument ("Implementation of the Ceasefire Agreement"), welches die Details des Waffenstillstands regelte, sowie auf die Übergabe der Leitung der TMG bzw. einer geplanten *Peace Monitoring Group* (PMG), die die TMG nach Inkrafttreten des Waffenstillstands ablösen sollte, von Neuseeland auf Australien. Der australische Außenminister hatte zuvor auf dem Treffen Australiens Bereitschaft erklärt, an der TMG bzw. PMG in umfassenderer Weise als bisher teilzunehmen.

Hierin liegt ein Problem. Denn BIG/ BRA hegen mit Recht großes Mißtrauen gegenüber Australien, stand die australische Regierung während der ganzen neun Jahre Krieg doch stets auf seiten PNGs und befähigte durch massive Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe die papuanischen Regierungstruppen überhaupt erst dazu, den Krieg zu führen. Australien jetzt als neutralen Vermittler zu akzeptieren, fällt daher schwer. Aus diesem Grunde war es überaus positiv, daß Neuseeland und eben nicht die regionale Vormacht Australien die Hauptrolle bei der Initiierung des Friedensprozesses und in der TMG gespielt hatte (in der das neuseeländische Kontingent mit 220 Personen mit Abstand das größte war; Australien hatte 100, Fiji 13 und Vanuatu sieben Leute in der TMG). Nun aber erklärte Neuseeland im März, sich vor allem aus Kostengründen (Neuseeland hatte ca. acht Millionen Dollar für die TMG ausgegeben) aus der exponierten Rolle zurückzuziehen und die Leitung und das Hauptkontingent der TMG bzw. einer künftigen PMG Australien überlassen und selbst nur noch mit ca. 30 Personen an der TMG bzw. PMG teilnehmen zu wollen. BIG/ BRA bedauerten diesen Teilrückzug Neuseelands sehr, ermahnten Australien, sich tatsächlich neutral zu verhalten, akzeptierten aber wohl oder übel den steigenden Einfluß Australiens im Friedensprozeß. Auch wenn zur Zeit befriedigende Regelungen für das australische Engagement gefunden zu sein scheinen, so können sich in dieser Frage künftig neue Konflikte ergeben.

### **Die Waffenstillstandsvereinbarungen**

Noch am Tage vor der geplanten Unterzeichnung des Waffenstillstands taten sich neue Probleme auf, die das ganze Projekt zum Scheitern zu bringen drohten. BIG/ BRA nämlich forderten die Rücknahme des "military call-out" (Alarmbereitschaft) für die PNGDF auf Bougainville und die sofortige Demilitarisierung des Gebiets um die Inselhauptstadt Arawa. Die Vertreter der Regierungsseite lehnten Verhandlungen hierüber vor Unterzeichnung des Waffenstillstands ab. In einer Nachsitzung konnte dann ein Kompromiß gefunden werden, der die Umsetzung der Forderungen von BIG/ BRA in einem festgesetzten Zeitraum nach Inkrafttreten des Waffenstillstands beinhaltete.

Das Waffenstillstandsabkommen wurde am 30. April von Vertretern der Regierung PNGs, des BTG, der *Resistance Force*, der BRA und des BIG sowie den Abgeordneten für Bougainville im PNG-Parlament im Rahmen der eingangs erwähnten Friedenszeremonie in Arawa unterzeichnet. Zuvor hatten 20 Rednerinnen und Redner aller Seiten ihren Friedenswillen bekundet und insbesondere die Rolle der Frauen Bougainvilles beim Zustandekommen und bei der Stabilisierung des Friedensprozesses gewürdigt. (Die Frauen hatten und haben in den traditionellen, matrilinear verfaßten Gesellschaften auf Bougainville eine starke Stellung). Bei der Unterzeichnung zugegen waren auch die Außenminister Australiens, Neuseelands, der

Salomonen, Fijis und Vanuatus, die als Zeugen unterzeichneten. Der UN-Generalsekretär hatte einen Sonderbeauftragten als Beobachter entsandt (Francesco Vendrell).

Das Abkommen bestimmt das Inkrafttreten eines "permanenten und unwiderruflichen" Waffenstillstands am 30. April, 24:00 Uhr. Festgelegt wurde ferner die Ablösung der TMG durch eine neutrale internationale PMG zur Überwachung des Waffenstillstands. Sie besteht ebenso wie die TMG aus unbewaffnetem männlichem und weiblichem Zivil- und Militärpersonal aus Australien, Neuseeland, Fiji und Vanuatu, wobei die Leitung nunmehr bei Australien liegt. Insgesamt umfaßt die PMG 306 Frauen und Männer, davon 247 aus Australien, 30 aus Neuseeland, 15 aus Fiji sowie 14 aus Vanuatu.

Neben der PMG wird zudem eine UN-Beobachtermission - bestehend aus fünf Personen - auf Bougainville aktiv. Der UN-Sicherheitsrat hatte auf Wunsch der Regierung PNGs in einer Stellungnahme am 23. April seine Unterstützung des Friedensprozesses für Bougainville im allgemeinen und für die Umsetzung des Lincoln-Abkommens im besonderen erklärt und die Entsendung einer PMG begrüßt. Der UN-Generalsekretär veranlaßte zudem die Teilnahme der UN am Friedensprozeß in Gestalt der Beobachtermission. Sie arbeitet mit der PMG zusammen und stellt die Verbindung zum UN-Generalsekretär her. Die UN-Mission hat ihre Basis in Arawa.

Schließlich bilden die Vertragsparteien ein *Peace Process Consultative Committee*, welches das alte *Peace Consultative Committee* ablöst und verantwortlich ist für die Umsetzung des Waffenstillstands und die Fortführung des Friedensprozesses. Die Staaten der PMG und die UN-Beobachtermission sind in diesem Komitee ebenfalls vertreten. Dem Komitee obliegt insbesondere die heikle Aufgabe, Pläne für die Aushändigung der Waffen der Parteien und für den etappenweisen Abzug der PNGDF und des Mobilien Einsatzkommandos der papuanischen Polizei von der Insel auszuarbeiten.

### **Risse in der Befreiungsbewegung**

Der in den Jahren umstrittene Führer der Befreiungsbewegung und Präsident des BIG, Francis Ona, nahm an der Friedenszeremonie und der Unterzeichnung des Waffenstillstands nicht teil. Er war in der Phase vor dem 30. April von allen Seiten immer wieder aufgefordert bzw. eindringlich gebeten worden, sich endlich in den Friedensprozeß einzureihen und zur Unterzeichnung des Waffenstillstands nach Arawa zu kommen. In diesem Sinne äußerten sich PNGs Premierminister Skate, der anbot, zu Ona zu kommen und mit ihm persönlich zu reden, der angesehene Abgeordnete für Bougainville und Führer der Opposition im PNG-Parlament John Momis, der

Ona goldene Brücken zu bauen versuchte, die Außenminister Australiens und Neuseelands und nicht zuletzt seine Kampfgefährten Kabui und Kauona sowie viele andere mehr. Doch Ona blieb bei seinem Nein. Er beklagte, daß er von vornherein aus dem Friedensprozeß ausgegrenzt worden sei und alle bisherigen Vereinbarungen an ihm vorbei getroffen worden seien, so daß er sich auch nicht an diese gebunden fühle. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß es sich hierbei um Selbstisolation handelte, denn Ona war von Anfang an und immer wieder aufgefordert worden, sich an dem Friedensprozeß zu beteiligen - doch stets vergebens.

Ein recht hilfloser Versuch Onas, sich doch noch wieder verstärkt ins Spiel zu bringen, war seine Einladung an alle Akteure des Bougainville-Konflikts, zu einer Versammlung in Pakia, einem Dorf in dem von ihm kontrollierten Gebiet um die Panguna-Kupfermine in Zentralbougainville, zu kommen. Diese Versammlung fand vom 15. bis 17. April tatsächlich statt. Doch Kabui und Kauona sowie die anderen Mitglieder des BIG boykottierten sie und riefen zur selben Zeit zu einem Gegen-Treffen in Lehu im Südosten Bougainvilles auf. Sie begründeten dies damit, daß Ona sich seit dem Abschluß des Lincoln-Abkommens permanent geweigert habe, mit ihnen zu reden und daß nunmehr die BIG/ BRA-Leute sich zunächst einmal untereinander verständigen müßten, bevor eine solche Versammlung wie in Pakia zusammen mit "Außenstehenden" sinnvoll sei; diese Versammlung sei mithin "verfrüht".

So waren denn in Pakia lediglich die getreuesten Anhänger Onas, die rund 200 Kämpfer seiner "A Company", die "chiefs" aus dem von ihm kontrollierten Gebiet um die Panguna-Mine und ca. 50 "chiefs" aus anderen Teilen Bougainvilles sowie John Momis und die drei anderen Abgeordneten für Bougainville aus dem PNG-Parlament (allerdings nur kurze Zeit) zugegen. Und auch der Präsident des BTG, Gerard Sinato, entschloß sich in letzter Minute zu einer zeitweiligen Teilnahme am Treffen in Pakia. Ona konfrontierte die Anwesenden mit seiner Ablehnung des bisherigen Friedensprozesses und der Forderung nach Unabhängigkeit für Bougainville. Ferner forderte er den sofortigen und vollständigen Abzug der PNGDF von Bougainville und kritisierte, daß die TMG nicht neutral und unparteiisch sei. Er erklärte zudem, daß er an der Friedenszeremonie in Arawa am 30. April nicht teilnehmen und daß er den Waffenstillstand nicht unterzeichnen werde. Er und seine Leute würden aber auch nicht versuchen, die Zeremonie und die Unterzeichnung des Waffenstillstands gewaltsam zu verhindern, und sie würden auch künftig bewaffnete Aktionen nicht wieder aufnehmen. Momis und die anderen nicht zur Ona-Gruppe gehörenden Anwesenden werteten letzteres im Nachhinein als ein gewisses Zeichen des guten Willens auf seiten Onas. Immerhin war der Gesprächsfaden mit Ona nicht gänzlich abgerissen.

Schon einen Tag nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands gab Ona dann

allerdings einen "shoot-to-kill"-Befehl an seine Leute aus, in dem er ankündigte, Mitglieder der PMG, die sich in das von ihm kontrollierte Gebiet begeben würden, würden auf der Stelle erschossen. Die Regierungen der das PMG-Personal stellenden Staaten reagierten auf diese Drohung recht gelassen; sie erklärten, die PMG-Angehörigen würden auf Bougainville bleiben und ihren Aufgaben dort nachgehen, wo sie willkommen seien und jene Gebiete nicht betreten, in denen sie unerwünscht seien. An dem Grundsatz, daß das PMG-Personal unbewaffnet agiere, würde festgehalten.

Onas Drohung gegen unbewaffnete neutrale Angehörige einer Beobachtermission war für die BIG/ BRA-Strömung von Kabui und Kauona der Anlaß, sich eindeutig von Ona zu distanzieren und damit zu drohen, im BIG ein Mißtrauensvotum gegen Ona einzubringen und ihn seines Postens als Präsident zu entheben. Gleichzeitig wurde den PMG-Mitgliedern, ihren Angehörigen und der internationalen Gemeinschaft versichert, daß die BRA die Sicherheit des PMG-Personals garantieren werde. Das wiederum beantwortete Ona damit, daß er Kabui, Kauona und die internationalen Vertreter des BIG (Martin Miriori, Moses Havini und Mike Forster) für "gefeuert" erklärte. Das BIG wies dies als "diktatorischen Akt" zurück und erkannte die Entlassungen nicht an.

So befinden sich BIG/ BRA gegenwärtig in der mißlichen Lage, daß die in ihrem Lager bestehenden Differenzen offenbar geworden sind und daß die Vertreter der Gegenseite - seien es der Premierminister Skate, der australische Außenminister Downer, John Momis oder die Vertreter des BTG - nunmehr in der komfortablen Position sind, an BIG/ BRA zu appellieren, sie mögen sich doch einigen, damit der Friedensprozeß weitergeführt werden kann. Zwar liegt es nahe, zu unterstellen, daß das scheinheilig ist (und man sich klammheimlich über eine "Spaltung" von BIG/ BRA freut, weil eine solche diese ja faktisch schwächt); doch scheint eine solche Unterstellung gegenwärtig eher in die Irre zu führen. Denn die Berechenbarkeit der Sezessionisten ist in der Tat größer, wenn diese geschlossen und nicht gespalten auftreten. Das heißt, die Aufrufe der Gegenseite zur Einheit in BIG/ BRA sind durchaus ernst gemeint, zumal allen Beteiligten klar ist, daß ohne Einbezug von Francis Ona und seinen Leuten der Waffenstillstand und der Friedensprozeß zum Scheitern verurteilt sind. Denn auch wenn Ona wohl nur noch eine recht kleine Anhängerschar hinter sich hat und die Mehrheit von BIG/ BRA zu Kabui und Kauona hält, so kontrolliert Ona doch das für den gesamten Konflikt zentrale Gebiet rund um die Panguna-Mine und ist, wenn er will, jederzeit in der Lage, den Friedensprozeß zu sabotieren und die Kampfhandlungen wieder aufzunehmen. Und so werden Skate, Momis, Downer und andere nicht müde, immer wieder an Ona zu appellieren, sich dem Friedensprozeß doch noch anzuschließen. Gleichzeitig beschwören sie Kabui und Kauona, sich mit Ona zu versöhnen, damit sie mit BIG/ BRA als



einem einheitlichen Verhandlungspartner kalkulieren können.

In jedem Falle ist die gegenwärtige Situation für die Sache von BIG/ BRA eindeutig von Nachteil; in ihrem Interesse müßte es allemal sein, eine Spaltung zwischen den Fraktionen Ona und Kabui/ Kauona zu vermeiden. Denn eine solche Spaltung würde BIG/ BRA nachhaltig schwächen und die Position sowohl von Ona als auch Kabui/ Kauona verschlechtern: Ona würde für seine Option der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes nur noch eine recht kleine Gruppe von Männern und geringe Unterstützung in der Gesamtbevölkerung Bougainvilles haben (zumindest gegenwärtig); Kabui und Kauona würden in den Verhandlungen mit der Gegenseite an Boden verlieren, weil sie nicht mehr als Vertreter der gesamten BRA auftreten könnten und gerade die entschlossensten Militanten nicht mehr hinter sich hätten. Diese Gefahren sieht zumindest die Kabui/ Kauona-Fraktion. Sie nahm mittlerweile ihre Drohung, Ona abzusetzen, zurück und forderte ihn wiederum auf, sich dem Friedensprozeß anzuschließen. Zugleich wurde die Regierung der Salomonen vom BIG aufgefordert, im BRA/ BIG-internen Konflikt zu vermitteln.

### **Ungelöste Probleme**

Trotz der allgemeinen Erleichterung über das Ende der Kämpfe und die Haltbarkeit von Waffenruhe bzw. -stillstand wurde alsbald klar, daß der Normalisierungsprozeß nicht reibungslos verlaufen würde. Insbesondere zeigten sich "law and order"-Probleme. Viele junge Kämpfer in BRA und Resistance, die in den letzten neun Jahren kaum anderes gelernt und getan haben, als Krieg zu führen, stehen nun beschäftigungs- und perspektivlos da, sind gleichwohl weiterhin bewaffnet und daher in der Lage, ziemlichen Ärger zu machen. Und das tun sie auch immer einmal wieder, zumal sie selbstgebrauten und von den benachbarten Salomon-Inseln eingeschmuggelten alkoholischen Getränken offensichtlich gern und reichlich zusprechen. Trotz eines offiziellen Alkoholverbots auf Bougainville scheint es leicht, an die Droge heranzukommen, und BRA-Chef Sam Kauona hat den Alkohol zum "neuen Feind" des Friedensprozesses erklärt. Wegen der prekären "law and order"-Situation hat das BTG seine Absicht, seinen Sitz von der Nachbarinsel Buka in die alte Hauptstadt Arawa zu verlegen, vorerst aufgegeben. Dort wurde Mitte Mai auf die Zentralpost ein (erfolgreicher) bewaffneter Raubüberfall verübt, und wenige Tage zuvor war das Laboratorium der Arawa High School von einer Jugendgang abgefackelt worden.

Eine zentrale Aufgabe wird es sein, den jugendlichen Kämpfern eine Perspektive zu eröffnen, die den Frieden auch für sie attraktiv macht. Ausbildungs- und Arbeitsplätze müssen für sie bereit gestellt werden, da andernfalls zu befürchten ist, daß sie ein permanentes Unruhe- und Gewaltpotential bilden werden. Der Wiederaufbau des Erziehungswesens

und die Ankurbelung wirtschaftlicher Aktivitäten auf der Insel sind mithin essentiell für die Konsolidierung des Friedens. Zudem gilt es, eine zuverlässige und von der Bevölkerung akzeptierte Polizei aufzubauen, die legitimerweise mit der Bearbeitung des "law and order"-Problems betraut werden kann. Im Lincoln-Abkommen ist der Aufbau einer solchen Polizei parallel zum Abzug der PNGDF vorgesehen. In der Tat könnten die Regierungstruppen ihre Anwesenheit auf der Insel noch mit dem "law and order"-Problem rechtfertigen; würden sie jetzt einfach abgezogen, könnte tatsächlich ein Sicherheitsvakuum entstehen, in dem sich (wie schon einmal 1990/ 91) jugendliche Gangs (sog. "rascals") austoben könnten. Um die Regierungstruppen loszuwerden, muß also eine funktionsfähige Polizei her. In diese könnten dann auch ehemalige Kämpfer von BRA und Resistance eingegliedert werden, und ihnen könnte auf diese Weise eine Perspektive und ein neuer Status geboten werden. Geplant ist in der Tat die Zusammenstellung einer 560 Frauen und Männer starken Polizeitruppe unter Einbeziehung ehemaliger BRA- und Resistance-Angehöriger. Nur: Über deren Aufbau und Zusammensetzung gibt es tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Die PNG-Seite geht davon aus, daß es sich selbstverständlich nur um eine in die allgemeine Polizei des Staates PNG eingegliederte Truppe handeln könne (was ihrer Position entspricht, Bougainville sein ein integraler Bestandteil PNGs). BIG/ BRA (und anscheinend auch BTG) dagegen verweisen auf die schlimmen Erfahrungen, die die Bevölkerung Bougainvilles mit der PNG-Polizei gemacht hat und wollen eine eigene Bougainville-Polizei aufbauen (was ihrer Forderung nach Unabhängigkeit (BIG/ BRA) bzw. weitestgehender Autonomie (BTG) für Bougainville entspricht). Der faktische Aufbau einer Polizeitruppe kommt dementsprechend nur schleppend voran. Die PNG-Seite hat dabei die "Macht des Faktischen" auf ihrer Seite, weil sie Ausbildungsmöglichkeiten und Bezahlung für PolizistInnen bieten kann. So sind im Mai die ersten 24 PolizeianwärterInnen aus Bougainville zu einer fünfmonatigen Ausbildung nach Port Moresby, der Hauptstadt PNGs, eingetroffen...

Ähnlich steht die "Macht des Faktischen" auch auf anderen gesellschaftlichen Gebieten auf seiten der Zentralregierung. Diverse Programme zum Wiederaufbau von Wirtschaft, Gesundheits- und Erziehungswesen usw. gehen von der Zentralregierung aus, die diese Unterstützung selbstverständlich nicht uneigennützig gewährt, sondern sich dafür einsetzt, Bougainville und seine Bevölkerung (wieder) stärker in den Staatsverband PNGs einzubinden und von der PNG-Administration und ihren Dienstleistungen abhängig zu machen. Und da solche Wiederaufbauhilfen tatsächlich dringend benötigt werden, eröffnet sich hier für die Zentralregierung die Möglichkeit schleichender, aber wirksamer Einflußnahme: Sie legt Programme zur Wiederherstellung des öffentlichen Dienstes auf Bougainville auf, und das BTG wird mit zusätzlichen Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen und Aufbau des Gesundheits- und Erziehungswesens ausgestattet. BIG/ BRA haben dem nichts Vergleichbares

entgegenzusetzen.

Ähnlich kann auch die vom Ausland versprochene Wiederaufbauhilfe wirken, wenn sie über die Institutionen des Staates PNG abgewickelt wird. Solche Hilfe soll es nach Unterzeichnung des Waffenstillstands reichlich geben. Die größten Beträge werden aus Australien kommen. Der australische Außenminister Alexander Downer hatte bei den Verhandlungen in Canberra australische finanzielle Hilfen für den Wiederaufbau auf Bougainville versprochen (132,4 Millionen australische Dollar), damit die Menschen auf Bougainville sehen, daß der Frieden sich lohnt, eine "Friedensdividende" abwirft. Mittlerweile ist von 135 Millionen australischen Dollar die Rede, die in den nächsten fünf Jahren für den Wiederaufbau Bougainvilles ausgegeben werden können. Damit sollen das Erziehungs- und Gesundheitswesen, das Verkehrswesen, die Polizei und die Landwirtschaft (insbesondere die Kakao- und Koprproduktion) unterstützt werden. Neuseeland hat kurzfristig 600.000 US-Dollar für den Wiederaufbau des Erziehungswesens auf Bougainville zugesagt. Das Internationale Rote Kreuz hat mit einem 12-Monate-Hilfsprogramm zum Wiederaufbau zerstörter Dörfer und des Gesundheitswesens begonnen. Das UNDP (United Nations Development Programme) gibt rund zwei Millionen US-Dollar für ein 18-monatiges Rehabilitations- und Rekonstruktionsprogramm auf Bougainville. Und auch die EU will sich am Wiederaufbau in bescheidenem Maße finanziell beteiligen. Ende Februar hatte eine Delegation der Gemeinsamen Parlamentarischen Versammlung der EU und der AKP-Staaten (ACP-EU Joint Assembly) PNG und Bougainville besucht, um sich über den Stand der Friedensbemühungen und Hilfsmöglichkeiten zu informieren.

Diese internationale Hilfe soll über die Institutionen des Staates PNG abgewickelt werden und wird damit zur Stärkung des Einflusses der PNG-Regierung auf Bougainville beitragen.

### **Die politischen Schlüsselfragen**

Kabui und Kauona und ihre Anhänger müssen jetzt zeigen, daß die Ziele, die sie ja mit Ona nach wie vor gemeinsam haben, auf dem Wege der Verhandlungen unter Waffenstillstandsbedingungen eher zu erreichen sind als bei Fortführung des Krieges. Sie haben ihre Positionen und ihre Vorstellungen für die nächsten Schritte im Friedensprozeß auf den Tisch gelegt:

1. Die PNGDF müssen schrittweise vollständig abgezogen werden. Parallel dazu soll eine eigene Polizei für Bougainville unter ziviler Kontrolle aufgebaut werden.

So ist es im Lincoln-Abkommen in der Tat vereinbart. Auf die Schwierigkeiten beim Aufbau der Polizei wurde bereits hingewiesen. Zwischenzeitlich erklärte

Premierminister Skate, er dachte nicht daran, die PNGDF vollständig von Bougainville abzuziehen. Das wiederum verurteilte Kabui als eklatante Mißachtung des Lincoln-Agreements. Allerdings muß erwähnt werden, daß im Lincoln-Abkommen auch die Entwaffnung von BRA und Resistance festgelegt ist. Der Prozeß des Abzugs der PNGDF, der Entwaffnung von BRA und Resistance und der Aufbau einer Polizei wird äußerst kompliziert werden und wohl noch so manchen Anlaß zu Konflikten liefern.

2. Bis Ende des Jahres 1998 soll eine "Regierung der Versöhnung" für Bougainville gebildet werden; diese soll in Verhandlungen mit der Regierung PNGs das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für Bougainville realisieren.

Auch die Bildung einer "Regierung der Versöhnung" bis Jahresende sieht das Lincoln-Abkommen vor. Unklar ist allerdings noch, wie diese Regierung gebildet werden soll (allgemeine Wahlen? Verbindung von BTG und BIG?), wie sie strukturiert sein soll, welchen politischen Auftrag und welche Kompetenzen sie haben soll und welche Ressourcen ihr zur Verfügung stehen sollen.

3. Der Bevölkerung Bougainvilles muß das Recht auf Selbstbestimmung garantiert werden. Auf dieser Basis muß eine politische Lösung des Bougainville-Konflikts gefunden werden. Der Friedensprozeß ist der Mechanismus, mit dem nunmehr dieses Recht auf Selbstbestimmung umgesetzt wird. Ziel des Prozesses ist die Unabhängigkeit Bougainvilles.

In der Tat: Politische Kernfrage ist und bleibt die Frage nach der Unabhängigkeit Bougainvilles. Auf dieser bestehen sowohl Kabui und Kauona als auch Francis Ona (auch wenn sie über den Weg dorthin zur Zeit uneinig sein mögen), während die Zentralregierung PNGs weiterhin Unabhängigkeit für Bougainville kategorisch ausschließt. So hatte der Vizepräsident des BIG, Joseph Kabui, bereits unmittelbar nach Abschluß des Lincoln-Abkommens erklärt, daß die vollständige politische Unabhängigkeit Bougainvilles politisches Ziel von BIG/ BRA bleibe. Und der Premierminister der Zentralregierung PNGs, Bill Skate, konterte mit der Erklärung, daß die Unabhängigkeit Bougainvilles für seine Regierung nach wie vor "nicht verhandelbar" sei. Und auch gegenwärtig stehen sich diese Positionen noch unvereinbar gegenüber. Einen "Frieden", der diese Frage nicht klärt wird es nicht geben. Unter der Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles scheint der Wunsch nach Unabhängigkeit nach wie vor lebendig. Die Bougainvilleans sind zwar kriegsmüde, aber von der Unabhängigkeit wollen sie gleichwohl nicht lassen. Ob mittlere Positionen wie die des BTG-Stichwort: weitestgehende Autonomie für Bougainville im Rahmen PNGs - eine Chance und Rückhalt in der Bevölkerung haben, müßte geprüft werden. Auch wäre die Frage nach Übergangsregelungen und -fristen anzusprechen. Francis Onas Forderung, ein Referendum über die politische Zukunft der Insel

abzuhalten, ist zweifellos das demokratischste und gerechteste Verfahren, um über die politische Zukunft des Insel zu bestimmen. Doch bleiben viele Fragen nach dem Wie einer solchen Prozedur. Darüber sollte - bald - geredet werden. Die Regierungsseite scheint gegenwärtig allerdings auf Zeit zu spielen in der Erwartung, daß mit der Zeit Fakten im Sinne der Neueinbindung der Insel in den Staatsverband PNGs geschaffen werden, hinter die irgendwann nicht mehr zurückgegangen werden kann. Im Sinne der Sezessionisten müßte es demgegenüber sein, die politischen Prozesse zu beschleunigen, um nicht vollends in die Defensive gedrängt und von der Macht der Tatsachen überrollt zu werden.

Noch gar nicht zur Sprache gekommen schließlich ist die neben dem künftigen politischen Status der Insel zweite Kernfrage des Bougainville-Konflikts: das Schicksal der riesigen Panguna-Kupfermine. Deren Betrieb und die mit ihm verbundenen ökologischen Zerstörungen waren der Ausgangspunkt des Krieges vor neun Jahren. Die Mine liegt seit 1989 still und wird nach wie vor von Francis Ona und seinen Leuten kontrolliert. Noch gehört sie aber offiziell der Minengesellschaft *Bougainville Copper Limited* (BCL), die wiederum eine Tochter des australisch-britischen Bergbaumultis CRA/ RTZ ist (*Conzinc Riotinto of Australia/ Rio Tinto Zinc*). Vertreter von BCL haben den Friedensprozeß auf Bougainville begrüßt und gleichzeitig erklärt, daß die Panguna-Mine gegenwärtig und auf absehbare Zukunft wohl der Gesellschaft nicht zugänglich sein werde und es auch keine konkreten Pläne zu ihrer Wiedereröffnung gebe. Gleichwohl besteht BCL prinzipiell auf ihren Rechten an der Mine, verweist aber auch immer wieder darauf, daß eine Wiedereröffnung mindestens 500 Millionen US-Dollar kosten und jahrelange Vorbereitungszeit erfordern würde. Die australische Regierung äußert sich gegenwärtig zurückhaltend zur Minenfrage; ihr Außenminister Downer erklärte wiederholt, jetzt gehe es um Frieden auf Bougainville und nicht um die Interessen einer Bergwerksgesellschaft. Man kann diese Äußerungen auch deuten als Einsicht darein, daß nur nach Wiederherstellung friedlicher Zustände auf Bougainville eine Chance zur Wiedereröffnung der Mine besteht... Vorschläge von Politikern aus PNG, die Mine vollständig in den Besitz der Landbesitzer aus dem Minengebiet zu übergeben, wurden von der Regierung PNGs als unpassend und verfrüht zurückgewiesen. Offensichtlich will zur Zeit niemand der unmittelbar involvierten Akteure den Friedensprozeß mit der heiklen Minenfrage belasten. Doch ist ebenso offensichtlich, daß nur bei einer Regelung dieser Frage im Sinne der unmittelbar Betroffenen Bevölkerung dauerhaft Frieden auf Bougainville erreicht werden kann. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Im Juni soll es in Arawa die nächste hochrangige Verhandlungsrunde geben, in der dann endlich die politischen Schlüsselfragen angegangen werden sollen.

Volker Böge, Hamburg

Quellen:

*The Independent, The National, Post Courier, Pacific Islands Report, Pacific News Bulletin.*

## **Menschrechtsverletzungen im Hochland von Irian Jaya**

"Am 28. Mai 1997 schossen Soldaten auf Ikadius Deikmom (20 Jahre) und auf seinen Schwager Manus Balinol, als sie sich in ihrem Garten im Dorf Onyimogom im Belatal aufhielten. Ikadius und Manus schauten sich gerade um, sie wollten feststellen, ob Soldaten in der Nähe waren. Sie wußten nicht, daß sie selbst von Soldaten beobachtet wurden, die in der Nähe saßen und gerade beim Essen waren. Ein Soldat zielte auf den Kopf von Ikadius und schoß. Ikadius wurde in die Stirn getroffen, sein Kopf wurde weggerissen, er war auf der Stelle tot. Magnus Balinol sah das, er warf sich zurück und sprang in eine Art Graben. Die Soldaten feuerten mehrere Gewehrsalven auf ihn ab, aber die Kugeln trafen nur einige Bäume in der Nähe. Manus wurde nicht getroffen. Zeugen berichteten, daß der Leichnam von Ikadius mit Blättern von Süßkartoffelpflanzen bedeckt wurde. Ungefähr eine Woche blieben die Soldaten in der Nähe. Erst als die Soldaten ihren Standort verlegten, kam Manus und begrub den Leichnam von Ikadius Deikmom, am Rande des Gartengebietes. Die Gärten gehören verschiedenen Familien des Dorfes Onyimogom in Bela."

So steht es in einem Bericht, der am 25. Mai 1998 in Jakarta der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Bericht dokumentiert elf Morde, die von Angehörigen der indonesischen Armee an Zivilpersonen verübt wurden. Unter den Ermordeten befinden sich ein Pfarrer und zwei Kinder. Zwei weitere Personen sind verschwunden. Man muß vermuten, daß auch sie ermordet wurden. Außerdem wurden fast 200 Wohnhäuser und 13 Dorfkirchen zerstört bzw. niedergebrannt.

Die Täler Bela, Alama, Jila und Mapnduma liegen westlich von Wamena, am südlichen Rand des Zentralgebirges. Die indonesische Armee hat dies Gebiet seit nunmehr zwei Jahren von der Außenwelt abgeriegelt, weil sie hier nach den Geißelnehmern sucht, die im Januar 1996 eine Gruppe von Wissenschaftlern entführten und vier Monate gefangen hielten.

Als Folge der Militäraktion flohen viele Menschen in die Wälder. Sie verstecken sich in Höhlen, um dem Terror zu entgehen. Während dieser Zeit konnten sie ihre Felder nicht bestellen, so daß sie inzwischen auch von einer Hungersnot heimgesucht werden. Der Bericht dokumentiert den Tod von über hundert Menschen, die als Folge von Hunger und Krankheit starben. Nach

wie vor verweigert die indonesische Armee den Kirchen und den Hilfsorganisationen freien Zugang zu dem Gebiet.

### **Kirchen bringen die Verbrechen ans Licht**

Unter hohem persönlichen Risiko haben Angehörige der Opfer und Augenzeugen erzählt, was sie erlebt haben. Die Berichte wurden von Mitarbeitern des *Institute for Human Rights Studies and Advocacy* (IHRSTAD), einer in Irian ansässigen Nichtregierungsorganisation zusammengestellt und von den zuständigen Superintendenten zweier evangelischer Kirchen (GKI und GKII) und der katholischen Kirche (Paroki Tiga Raja) der *Nationalen Menschenrechtskommission* in Jakarta übergeben. Durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit wurde der Bericht sowohl in Indonesien wie im Ausland bekannt.

Schon am 29. Mai 1998 unterzeichneten zwölf deutsche Organisationen, darunter die Vereinigte Evangelische Mission (VEM), einen offenen Brief an Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel. Mit diesem Brief wurde die deutsche Regierung gebeten, auf die indonesische Regierung einzuwirken. Sie möge fordern, das Militär aus dem betroffenen Gebiet abzuziehen, die für die Morde Verantwortlichen zu ermitteln und vor Gericht zu stellen, und die Opfer zu entschädigen.

### **Studenten erzwingen Zusage neutraler Untersuchung**

Eine große indonesische Tageszeitung, *Suara Pembaharuan*, hatte inzwischen Berichte über die Ereignisse in Bela, Alama, Jila und Mapnduma veröffentlicht. Daraufhin formierten sich auch Studenten in Irian Jaya zu Demonstrationen. Am 29. Mai kam es zu einer Demonstration vor dem Gebäude des Provinzparlaments in Jayapura. Die Studenten übergaben dem Vorsitzenden des Parlaments eine schriftliche Erklärung, in der sie eine Untersuchung der Vorfälle durch eine unabhängige Kommission, Abzug des Militärs und Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen forderten. Sie trugen Transparente mit (u.a.) folgenden Aufschriften:

Ihr nehmt unser Blut und unser Leben, damit ihr (Generäle) Sterne bekommt!

Die Armee - das sind die Terroristen!

Die Armee - keine Politik der verbrannten Erde!

Die Armee sollte das Volk schützen - nicht töten!

Bringt Suharto wegen dieser Sache vor Gericht!

Irian ist nicht der Zahlmeister für Indonesiens Auslandsschulden!

Freeport - ist unser Gold nicht genug? Warum wollt ihr auch noch unser Leben, unsere Häuser und Kirchen?

*We are man not ham!*

*Stop the genocid in our land!*

Die Sprecher der Demonstranten baten um ein Gespräch mit dem

Gouverneur und dem örtlichen Militärbefehlshaber. Zunächst kam jedoch nur ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Parlaments zustande. Von Jakarta war überhaupt keine offizielle Reaktion auf den Bericht zu vernehmen. Daher demonstrierten die Studenten erneut am Freitag, dem 5. Juni. Sie besetzten das Gebäude des Provinzparlaments und drohten, solange auszuharren, bis eine offizielle Antwort von Jakarta gekommen sei. Sie wollten erreichen, daß die Menschenrechtskommission ein Team von Jakarta nach Irian entsendet, und sie wollten verhindern, daß nur der örtliche Militärbefehlshaber die Untersuchung durchführt.

### **Nationale Menschenrechtskommission (KOMNAS HAM) untersucht**

Zwischenzeitlich mußte befürchtet werden, daß die in Bela, Alama, Jila und Mapnduma stationierten Militärs die Bevölkerung einschüchtern würden. Vor allem die Angehörigen der Opfer und die Zeugen könnten durch Drohungen zum Widerruf der Aussagen gezwungen werden. Während der Studentendemonstration in Jayapura hatten sich Einheiten der Sonderpolizei in der Nähe aufgehalten. So war die Situation durchaus spannungsgeladen. Elf Stunden warteten die Studenten auf dem Gelände des Parlamentsgebäudes. Erst am Abend des 5. Juni teilte die Nationale Menschenrechtskommission in einem Fax mit, daß ein Untersuchungsteam am 11. Juni in Jayapura eintreffen würde. Darauf beendeten die Studenten ihre Demonstration.

Am 11. Juni trafen drei Mitglieder der Nationalen Menschenrechtskommission in Jayapura ein, und zwar Asmara Nababan, Clementio des Amaral und Haryanto. Nach einem kurzen Besuch in Bela und Jila am 12. Juni und einer Begegnung mit 150 Menschen, darunter auch Augenzeugen der Morde, entschied die Gruppe, eine Untersuchung mit einem größeren Team vorzunehmen. Die Untersuchung hat am 23. Juni begonnen, ein Team von vierzehn Personen ist daran beteiligt. Es gab auch ein Gespräch der Gruppe mit den Studenten, die in großer Offenheit die seit über 30 Jahren andauernde Diskriminierung und Gewalt schilderten. Einer der Studenten sagte: "Ich habe mich zwar heute morgen gründlich gewaschen, aber mein Haar ist immer noch kraus und meine Haut ist immer noch schwarz. Die Leute von außen sehen uns Papua nicht als Menschen an. Seit 1969 bis heute töten sie uns. Ich bitte darum, daß die Soldaten sofort abgezogen werden..."

### **Mysteriöse Morde in Arso**

Von vielen Seiten wurde in der Öffentlichkeit die Forderung nach Abzug des Militärs aus Irian erhoben. Am 18. Juni erschien ein Artikel in der *Cenderawasih Pos*, der größten Tageszeitung in Jayapura. Er berichtete von der Ermordung von drei Männern in der Nähe der Transmigrantensiedlung Arso, etwa 30 Kilometer südöstlich von Jayapura. Die drei Personen waren auf einer Straße außerhalb der Ortschaft erschossen worden, eine Frau ließ der Täter entkommen. Der Artikel beschuldigte die "Organisation für ein freies



Papua" (OPM) dieser Tat und forderte das Verbleiben der Armee in Irian Jaya - zum Schutz der Bevölkerung. Untersuchungen der Morde ergaben, daß die Kugeln aus einer Pistole abgefeuert waren, wie sie allgemein in der Indonesischen Armee gebraucht wird. Augenzeugen hatten nach den Schüssen eine Person in Richtung Westen (Jayapura) laufen sehen - also nicht in die Richtung der Grenze zu Papua-Neuguinea. Pastor Hermann Saud, der Moderator der GKI, verurteilte in einer öffentlichen Stellungnahme die Morde, warnte aber davor, ohne jegliche Beweise die OPM zu beschuldigen und damit die Forderung nach Verbleib des Militärs in Irian zu verbinden, das so viel Leid über die Menschen in Irian gebracht hat.

### **Brief an den Bundeskanzler**

Am 5. und 6. Juni fand in Essen die Deutsche Regionalversammlung der Vereinigten Evangelischen Mission (VEM) statt. Eine Arbeitsgruppe befaßte sich mit Indonesien und schlug der Regionalversammlung vor, einen Brief an Bundeskanzler Kohl zu schreiben. In diesem Brief werden auch die Probleme Irian Jayas genannt. Als offizieller Brief der Regionalversammlung wird er getragen von sechs deutschen Landeskirchen und den von Bodelschwingschen Anstalten. Der Brief ist inzwischen versandt worden.

Am 11. Juni haben die Organisation *Watch Indonesia* und die VEM alle Freunde Irian Jayas in einer Eilaktion dazu aufgerufen, Briefe an den Präsidenten der Republik Indonesien, Dr. Habibie, an den Minister für Justiz, die Nationale Menschenrechtskommission, den Gouverneur von Irian Jaya und an andere Repräsentanten der Behörden in Irian Jaya zu schreiben. In diesen Briefen sollen die Forderungen der Kirchen und der Studenten Irian Jayas im Blick auf die Situation im Hochland unterstützt werden.

### **Selbstverwaltung für Irian Jaya?**

Trotz des sogenannten Reformkurses der neuen Regierung Indonesiens gibt es noch unzählige politische Gefangene. Allein 140 Menschen aus Irian Jaya sitzen wegen politischer Vergehen in indonesischen Gefängnissen. Es sind politische Gefangene ohne Straftaten, aber auch politische Straftäter, die beispielsweise in ihrer Verzweiflung gegen unrechtmäßige Landenteignungen durch das Regime Suharto Baumaschinen oder Fahrzeuge in Brand gesteckt oder andere Sachbeschädigungen begangen haben. Auch sie müssen umgehend freigelassen werden.

Auch viele Gefangene des osttimoresischen Widerstands, darunter Jakartas prominentester Häftling, Xanana Gusmao, sollten eigentlich amnestiert werden. Hohe Politiker der USA, Kanadas, Großbritanniens und Australiens haben sich bereits für dessen Freilassung eingesetzt. Nur von der Bundesregierung vernehmen wir wie so oft kein Wort. Sie hätte glänzende Möglichkeiten, auf Habibie, den Freund Deutschlands, Einfluß zu nehmen. Der Kongreß der USA hat in einem Schreiben an Habibie mehr

Selbstverwaltung für Osttimor und Irian Jaya verlangt. Wie wird Indonesien darauf reagieren? Neben dieser Frage ist für die Kirchen die Frage der religiösen Toleranz von existentieller Bedeutung. Wie gedenkt die neue Regierung mit religiösen Minderheiten umzugehen? Das Regime Suharto hatte in der Vergangenheit häufiger versucht, sich bei den Muslimen dadurch beliebt zu machen, daß Kirchen geschlossen oder gar in Brand gesteckt wurden. Wird die neue Regierung hier deutliche Zeichen religiöser Toleranz setzen? So bleiben zur Zeit viele Fragen offen. Die Entwicklung der nächsten Monate wird spannend bleiben. Unsere Fürbitte ist weiterhin wichtig.

Siegfried Zöllner, Wuppertal

## ***Petition für die Unabhängigkeit Französisch-Polynesiens***

"Wir fordern, in unserem eigenen Land als freie Menschen leben zu können."

Diese Forderung der Urbevölkerung Französisch-Polynesiens steht im Mittelpunkt einer noch bis Ende Juli laufenden Petition. Mit einer breiten, internationalen Unterstützung hofft die Urbevölkerung des Landes, ihrer Forderung nach Unabhängigkeit Nachdruck verleihen, das heißt die internationale Staatengemeinschaft zum Handeln bewegen zu können. Eine Kopie der Petition liegt dieser RUNDBRIEF-Ausgabe bei.

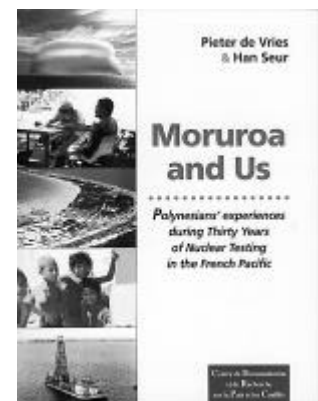
## **Buchbesprechungen**

### ***"Moruroa and Us"***

**Vries, Pieter de/ Seur, Han: Moruroa and Us. Polynesians' experiences during Thirty Years of Nuclear Testing in the French Pacific. Centre de Documentation et de la Recherche sur la Paix et les Conflicts, Lyon 1997, 224 S., DM 24,90**

Mit dem 224 Seiten umfassenden Bericht legen Peter de Vries und Han Seur das Ergebnis ihrer großen Umfrage unter den Bewohnern der polynesischen Inseln vor.

Während der 30 Jahre, in denen Frankreich seine



Atombomben im Südpazifik testete, arbeiteten Tausende polynesischer Männer und Frauen in den Testgebieten.

Die französische Regierung verschwieg konsequent die Gefahr dieser Arbeitsplätze, zahlte aber andererseits gute Löhne, so daß die einheimischen Männer und Frauen glaubten, ihren Familien Gutes zu tun.

Ein dichter Schleier des Schweigens bedeckte bisher die Erfahrungen und Befürchtungen dieser Menschen, wenn sie mit bis dahin unbekanntem Krankheiten konfrontiert wurden.

In diesem Bericht sprechen sich 737 ehemalige Arbeiterinnen und Arbeiter und Inselbewohner, die in der Nähe wohnen, aus. Einige bewohnte Inseln liegen nur knapp 400 Kilometer von den hoch verseuchten Atollinseln entfernt. Ihre Aussagen sind wichtig, zeigen sie doch, wie wenig Unterstützung die Betroffenen von dem CEP (Centre d'expérimentation du Pacifique) erhielten. Sie zeigen auch die Schwierigkeiten, selbst unter Kollegen darüber zu sprechen. Die Aussagen gehen in ihrer Nüchternheit "unter die Haut" und zeigen die Menschenverachtung, die mit den Atombombentests verbunden war.

Wichtig ist auch die Tatsache, daß die Befragten von den französischen Behörden unter massiven Druck gesetzt wurden.

Das Buch liegt vorläufig in Französisch und Englisch vor. Es kostet 26,90 DM und ist erhältlich bei der Pazifik-Informationsstelle, Hauptstraße 2, 91564 Neuendettelsau, Tel.: 09874 - 91220, Fax: - 93320, e-mail: [missionswerk@compuserve.com](mailto:missionswerk@compuserve.com)

Elisa Kauffeld, Sillenstede

## ***"Schatten auf der Osterinsel"***

**Fischer, Hermann: Schatten auf der Osterinsel. Plädoyer für ein vergessenes Volk. Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Oldenburg 1998, ISBN 3-8142-0588-X, DM 29,-**

Nicht nur 3.800 Kilometer Ozean trennen die Festland-Chilenen von der Osterinsel, sondern auch weit verbreitetes Unwissen über die Kultur der Insulaner und ihre Geschichte. Daß es sich bei der allgemeinen Ignoranz gegenüber Rapa Nui um eine lange Tradition handelt, zeigt Hermann Fischer in seinem soeben erschienenen Buch "Schatten auf der Osterinsel. Ein Plädoyer für ein vergessenes Volk."

Ein Reiseleiter in Santiago konnte unlängst seiner Empörung kaum Herr

werden und schimpfte über in Europa erscheinende Reisebücher, die Titel tragen wie *Chile und die Osterinsel*. "Die Osterinsel ist Chile!", ereiferte er sich. Formal gesehen hat er völlig recht; dennoch erscheint das Pazifik-Eiland wie ein exotischer Fremdkörper im chilenischen Staatsgebilde. Immerhin fand kürzlich die Integration der Osterinsel in die chilenischen Seifenopern statt. Mit *Iorana* von Televisión Nacional kann nun auch die breite Masse der Chilenen einen ersten Einblick in vorgebliche Kümernisse der Insulaner gewinnen. So sehr man dies angesichts der deplaziert wirkenden Festlands-Schauspieler und der als Statisten auftretenden Rapa Nui belächeln mag, hat die Fernsehserie doch einen Vorteil: Kulturelle Eigenheiten der Inselbewohner, wie beispielsweise ihre Zweisprachigkeit, dringen in die kontinentalen Wohnzimmer.

### **Geschichte der Opfer**

Von der ersten Kontaktaufnahme der Europäer bis hin zur Gegenwart rollt der deutsche Autor Hermann Fischer die Geschichte der Osterinsel auf, wobei er den Schwerpunkt auf den Kontakt zwischen Ureinwohnern und Fremden legt. Dabei schneiden nicht nur die Chilenen schlecht ab, sondern die meisten, die die Insel bis 1966 betreten haben, darunter auch eine ganze Reihe von Deutschen. Trotz ihrer Schandtaten kann sich der Autor auch in diese Personen versetzen und verweist mit Schmunzeln auf die Menschlichkeit - und damit Unvollkommenheit - der Akteure: "Was auf Rapa Nui herrschte, war Arroganz und Ignoranz, Geringschätzung und Mißachtung, Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit, Verdrängung und Schweigen und im besten Falle herablassende Leutseligkeit: das ganz banale Böse eben, womit man Menschen demütigt und erniedrigt." (S. 231)

Das besondere Anliegen des Autors - pensionierter Lehrer aus Norddeutschland - ist die Geschichte der Opfer, nicht der Sieger. Bisher wurden die Rapa Nui, ihre Lebensweise und Kultur immer von Fremden beschrieben, die aus ihrer ethnozentrischen Sicht die Insulaner beurteilen, oft ohne direkten Kontakt mit ihnen zu haben. Sowohl die ersten Besucher als auch spätere "Kolonisten" - Schaffarmer, Priester, Militärs - verfaßten Berichte und Schriften, die als Grundlage der Inselgeschichte dienten, ohne daß sie bislang hinterfragt wurden. Da es von den Rapa Nui selbst keine schriftlichen Überlieferungen gibt, verfolgt Fischer den Werdegang der Inselbevölkerung anhand der vorhandenen Texte, wobei er diese jedoch kritisch durchleuchtet und bisweilen humorvoll aufs Korn nimmt. Dabei stellt er sich immer die Frage, wie die Rapa Nui die jeweilige Situation wahrgenommen haben mögen, und entlarvt so manch selbstherrliche Äußerung eines Weißen. Vehement setzt sich Fischer dafür ein, daß die Rapa Nui keine Wilden waren und ihre Kultur nicht als primitiv anzusehen ist. Obwohl er an mehreren Stellen die Doktrin der lange Zeit vorherrschenden evolutionistischen Kulturtheorie anprangert, die die Grundlage sämtlicher Kolonisierungen

bildete, benutzt leider auch Fischer manchmal Begriffe, die auf diese Idee zurückzuführen sind, wie z.B. "Sittengesetze" oder "Naturvolk".

### **Mühevollle Kleinarbeit**

Viele Jahre lang sammelte der Autor in den verschiedensten Berichten Hinweise auf das Leben der Rapa Nui; seit 1992 besuchte er die Insel mehrfach. An der Universität Oldenburg lernte er den Deutsch-Chilenen Christian Benöhr kennen, mit dem er Anfang 1996 eine achtwöchige Untersuchung auf der Osterinsel durchführte. Dabei sammelte er mündliche Informationen und Überlieferungen, insbesondere über die Zeit des Ghettos: Viele Jahre lang hatten Vertreter der Compañía Exploradora de Isla de Pascua die Einwohner hinter Stacheldraht zusammengepfercht, unter dem Vorwand, den Diebstahl von Schafen zu verhindern. Das Ghetto ist das große Trauma der Insulaner und dauerte bis zum Jahre 1966. Praktisch alle heute erwachsenen Rapa Nui sind hinter Stacheldraht geboren und aufgewachsen.

Wie Fischer an mehreren Beispielen eindrücklich belegt, sind die Rapa Nui als Lügner gebrandmarkt. Ihre Sicht der Dinge, ihre Worte und Meinungen, wurden immer in den Wind geschlagen - ein vergessenes Volk, wie der Autor richtig formuliert. Um so erstaunlicher ist es, daß in seinem Werk die Ureinwohner wenig zu Wort kommen. Befürchtete Fischer etwa, daß eine Niederschrift nicht ernst genommen würde?

Wie dem auch sei, sein Ziel hat Fischer erreicht: Die neuere Geschichte der Osterinsel ist bestens wiedergegeben. Nach der Lektüre wird nachvollziehbar, warum die Rapa Nui ihre Eigenständigkeit bewahrt haben und beispielsweise gegen die Marine Ressentiments entwickelten, die bis heute andauern. Die Mauer zwischen zwei Welten - in Form eines Stacheldrahtes - ist auch heute noch spürbar, wenn Osterinsulaner eine feindliche Haltung gegenüber den "Kontis", den Leuten vom Kontinent, einnehmen. Eine Haltung, die jedem verständlich wird, der dieses Buch gelesen hat.

### **Rapa Nui versus Konti**

Von "Chile und der Osterinsel" zu sprechen, entspricht der Sichtweise der Rapa Nui und spiegelt die kulturellen Spannungen wider, die seit der Annektion vor mehr als einem Jahrhundert hauptsächlich deshalb entstanden, weil Chile und die jeweiligen Obrigkeiten stets weit weg waren - und das nicht nur geographisch. Es mangelte an Interesse für eine kleine Insel, die wirtschaftlich keinen Reiz bot und deren Zugehörigkeit zum Staatsgebiet oft nur als Last empfunden wurde und vielleicht jetzt noch als Verlustgeschäft betrachtet werden kann. Und trotzdem ist der koloniale Gedanke, der das letzte Jahrhundert beherrschte, nicht ausgerottet. Oder wie ist es zu erklären, daß sich die Republik Chile noch heute schwer damit tut, den Rapa Nui ihr Land in eigene Verwaltung zu übergeben? (*Autorin: Birgit*

*Jacobs, Erstabdruck in: CONDOR, Chilenische Wochenzeitung in deutscher Sprache, Mai 1998)*

## Termine

### **13. August bis 29. September 1998, Schwelm u.a.:**

Besuchsprogramm des Kirchenkreises Schwelm mit der Partnerschaft Mamberamo

Auf Einladung des Kirchenkreises Schwelm wird sich eine Gruppe aus dem Mamberamo-Gebiet in Irian Jaya für mehrere Wochen in der Bundesrepublik aufhalten. Unter den Besuchern befinden sich neben Repräsentanten der indigenen Bevölkerung Irian Jayas auch Mitglieder einer Tanzgruppe, die unter anderem in Magdeburg, Halberstadt und Wittenberg auftreten wird. Geplant sind außerdem verschiedene Gespräche mit Kirchenvertretern und Politikern sowie die Teilnahme am westfälischen Kirchentag, der vom 21. bis 23. August stattfinden wird. Nähere **Infos** bei Pfarrer Klaus Reuter (Tel.: 02336 - 177 55) od./ u. beim Arbeitskreis Vierte Welt e.V. (Postfach 80, 39028 Magdeburg, Tel.: 0391 - 251 10 19 od. 253 23 94, Fax: 0391 - 253 23 93).

### **22./ 23. Oktober 1998, Evang. Akademie Tutzing:**

10. Europäisches Pazifik-Solidaritäts-Seminar

Das Seminar beginnt am Abend des 22. Oktober mit Länderberichten und wird am folgenden Vormittag mit Berichten aus dem Südpazifik fortgeführt werden. Nähere Themen stehen derzeit noch nicht fest. Wie in jedem Jahr, werden zahlreiche Besucher aus dem Südpazifik erwartet. Nähere **Infos/ Anmeldung:** ECSIEP (P.O. Box 151, NL - 3700 AD Zeist, Tel.: 0031 30 69 27 827, Fax: 0031 30 69 25 614, e-mail: ECSIEP@antenna.nl)

### **23. bis 25. Oktober 1998, Evang. Akademie Tutzing:**

"Schatzinseln in der Südsee - Bergbau im Südpazifik"

Im Mittelpunkt der Tagung sollen Fragen, die Bergbauprojekte in einer Region wie dem Südpazifik aufwerfen, erörtert und anhand konkreter Fallbeispiele (Bougainville, Kanaky, Westpapua, Papua-Neuguinea) veranschaulicht werden. Gleichzeitig soll nach Lösungs- und Handlungsmöglichkeiten im Rahmen eines Ansatzes nachhaltiger Entwicklung - im Norden wie im Süden - gesucht werden.

Zu Wort kommen nicht nur WissenschaftlerInnen und ExpertInnen, sondern auch Mitglieder von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, VertreterInnen von betroffenen indigenen Bevölkerungen sowie RepräsentantInnen von Bergbaukonzernen und Staaten aus der Region.

Nähere **Infos** bei der Evang. Akademie Tutzing (Susanna Satzger, Tel.: 08158 - 25 11 26 (9 - 12 Uhr), Fax: 08158 - 99 64 26, e-mail: eat06@ev-akademie-tutzing.de) oder der Pazifik-Informationsstelle.

**bis 3. Januar 1999, Galerie 37, Frankfurt** (Schaumainkanal 37; Di. - So. 10-13 Uhr und 13:30-17 Uhr, Mi. 10-20 Uhr):

"Im Auge des Betrachters, Kunst und Sehen in Papua-Neuguinea"

Die Ausstellung der Galerie 37 vermittelt einen seltenen Einblick in die Kunstszene eines Landes, in dem 3,5 Millionen Einwohner rund 1000 verschiedene Sprachen sprechen. Es gibt eine Vielzahl verschiedener lokaler Kulturtraditionen, die in unterschiedlicher Weise die Künstler beeinflusst haben. Die Ausstellung über die moderne Kunst Papua-Neuguineas ist Spiegel dieser Vielfalt an Stilformen und Bildmotiven.

**bis 13. September 1998, Linden-Museum, Staatliches Museum für Völkerkunde, Stuttgart** (Hegelplatz 1, Tel.: 0711 - 2022 456; Di., Do., Sa., So. 10-17 Uhr, Mi. 10-20 Uhr, Fr. 10-13 Uhr):

"Ho`oku`e - Widerstand. Ein Ausstellungsprojekt von Künstlern aus Hawai`i"

"Ho`oku`e - resistance" - Unter diesem Titel haben sich im vergangenen Jahr zwanzig Künstler von der Insel Oahu, Hawai`i, zusammengefunden, um mit ihren Arbeiten Themen anzusprechen, die für die eingeborenen Künstler von grundsätzlicher Bedeutung sind. Ihre Werke visualisieren die Probleme des Kolonialismus und Rassismus und treten ein für das grundlegende Recht der hawaiischen Bevölkerung, die Kontrolle über ihre Sprache, ihr Land, ihre Naturschätze, ihre Geschichte und ihre Werte und Gebräuche zurückzufordern.

---

## Neuere Literatur

amnesty international: **East Timor. Broken promises.**

Implementation of the Recommendations of the UN Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions following a visit to Indonesia and East Timor in 1994. (AI Index: ASA 21/24/98), London March 1998, 18 S.

amnesty international: **Indonesien - Osttimor.** INFO 1/98 (01.03.98), Indonesien-/ Osttimor-Koordinierungsgruppe, Bonn 1998, 89 S.

amnesty international: **Indonesia. An Agenda for Human Rights**

**Reform.** (AI Index: ASA 21/54/98), London May 1998, 5 S.

amnesty international: **Indonesia. Release Prisoners of Conscience Now!** A Joint Report by Amnesty International and Human Rights Watch. (AI Index: ASA 21/58/98), London June 1998, 58 S.

amnesty international: **Australien.** Rundbrief. Australien Koordinationsgruppe, Bonn Juni 1998, 47 S.

Böge, Volker: **Bergbau - Umweltzerstörung - Gewalt: Der Krieg auf Bougainville im Kontext der Geschichte ökologisch induzierter Modernisierungskonflikte.** Kriege und militante Konflikte. In Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung und der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg, Band 8, Hamburg 1997, 304 S., ISBN 3-8258-3666-5

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH (Hrg.): **Land Tenure in Development Cooperation.** Guiding Principles. Schriftenreihe der GTZ, N. 264, Universum Verlagsanstalt GmbH KG Wiesbaden 1998, 251 S., ISBN 3-88085-521-8

FAKT - Fördergemeinschaft für angepaßte Techniken mgH (Hrg.): **Guidelines on Communication Technologies.** Stuttgart 1998, 50 S. (anzufordern bei: FAKT, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711 - 210950)

Fischer, Hermann: **Schatten auf der Osterinsel. Plädoyer für ein vergessenes Volk.** Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Oldenburg 1998, ISBN 3-8142-0588-X, DM 29,-

Hohnholz, Jürgen (Hrg.): **Rohstoffe und nachhaltige Entwicklung - Chance oder Konfliktpotential?** 17. Tübinger Gespräch zu Entwicklungsfragen. Institut für Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, Tübingen 1998, 234 S., ISBN 3-922362-19-2, DM 22,-

MacLellan, Nic/ Chesneaux, Jean: **After Moruroa. France in the South Pacific.** Ocean Press Hoboken/ New Jersey 1998, 300 S., ISBN 1-876175-05-2, US\$ 19.95

---

## Neuerscheinungen



Autor: Jürgen König, 1998, 26 Seiten, DM 1,-

Dossier Nr. 47    **"Laßt nie ab, gegen die Annexion Hawai`is zu protestieren"**  
(Dte. Fassung des Mitteilungsblattes "Self-Determination" des Kanaka  
Maoli Tribunal K\_mike)  
Hrsg.: Kanaka Maoli Tribunal K\_mike, Juli 1998, 13 Seiten, DM -,50

Beide Dossiers sind über die Pazifik-Informationsstelle zu beziehen.

**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle  
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-91220,  
Fax 93320, e-mail: 101342.1663@compuserve.com,  
Redaktion: Susanne Piegsda**